

# «Das Ziel lautet, weltweit führend zu sein in der Forschung für den Klimaschutz»

**Wahlen** Der wieder kandidierende Ständerat Ruedi Noser (FDP) regt einen gut dotierten Forschungsfonds an, sodass von Massnahmen gegen den Klimawandel auch der Denk- und Werkplatz Zürich profitieren kann.

Thomas Marth (Interview)

## Was war aus Ihrer Sicht das Wichtigste in der zu Ende gehenden Legislatur?

**Ruedi Noser:** Zunächst einmal, dass im Ständerat breit abgestützte Mehrheiten möglich wurden. Die erste Fassung der Unternehmensbesteuerung und die AHV-Reform waren gescheitert, weil ebendiese Mehrheiten fehlten. Beim zweiten Anlauf für die Unternehmenssteuern fand man sich. Und so sagte dann auch das Volk Ja. Auch die wichtige Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ist nun in der Ständeratskommission einstimmig angenommen worden, nachdem sie im Nationalrat Schiffbruch erlitten hatte.

## Und ausserdem?

Es wurden wichtige Weichen gestellt. Die Unternehmenssteuerreform ist auch eine Lex Zürich. Die mit ihr verknüpfte Zusatzfinanzierung für die AHV sichert diese für einige Jahre. Dann der Finanzausgleich: Der Kanton Zürich muss nun weniger einzahlen. Hinzukamen wichtige Infrastrukturprojekte, so das vierte Gleis im Stadelhofen, der Brütener Tunnel, der Ausbau der Nordumfahrung Zürich.

## Was waren Ihre persönlichen Schwerpunkte?

Sicher die Wirtschaftsthemen, unter anderem mit der Steuerfrage. Dann das CO<sub>2</sub>-Gesetz, an dem ich seit bald drei Jahren dran bin. Aber es gab sehr, sehr viele andere Themen. Ständerat für den Kanton Zürich zu sein, ist fast ein 100-Prozent-Job.

## Welches sind für Sie die wichtigsten Punkte im CO<sub>2</sub>-Gesetz?

Ich habe relativ schnell gesehen, dass es im Nationalrat eine Blockade geben wird. Ich habe daher einen neuen Ansatz eingebracht, um vom Streit über die Höhe von Inland- und Auslandkompensation wegzukommen. Er basiert auf der Frage: Welchen Beitrag kann die Schweiz als Forschungs- und Innovationsweltmeister leisten, um dieses Problem in den Griff zu bekommen? Und damit hatte ich ja teils Erfolg in der Kommission. So soll das Gesetz neu einen Klimafonds umfassen, gespeist aus einer Flugticketabgabe, aus den CO<sub>2</sub>-Abgaben und allfälligen

## Zur Person

Ruedi Noser (58) ist im Glarnerland aufgewachsen. Er stieg mit einer Maschinenmechaniker-Lehre in Winterthur ins Berufsleben ein. Es folgten weiterbildende Studien, unter anderem als Elektroingenieur. Er und sein Bruder gründeten ein Unternehmen. Die Noser-Gruppe zählt heute zu den grössten Informatikfirmen der Schweiz. Ruedi Noser ist seit 1996 ihr Alleinaktionär und seit 2015 einfacher Verwaltungsrat. 2003 wurde er Nationalrat, 2015 Ständerat. Er ist unter anderem Präsident der Stiftung Swiss Innovation Park und Verwaltungsratspräsident der Natürli Zürioberland AG. (tma)



Ruedi Noser findet es wichtig, dass politische Vorhaben breit abgestützt sind. Foto: Marc Dahinden

Bussen für die Nichteinhaltung von CO<sub>2</sub>-Zielen.

**2050 netto null CO<sub>2</sub>-Ausstoss lautet das Ziel Ihrer Gletscherinitiative, im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und seit kurzem dem Bundesrat. Woher soll all der Strom kommen, den wir dann fürs Autofahren und Heizen benötigen?**

Die Menschheit gewinnt heute nur einen Zehntausendstel der vorhandenen Sonnenenergie. Ein Knackpunkt ist noch: Wie nutzt man sie in ausreichender Menge und zum Zeitpunkt, wenn man sie effektiv braucht? Da ist noch ganz viel Innovation nötig. Darum braucht es den Klimafonds.

**Wie viel Geld soll denn in dem Fonds drin sein?**

Der Bundesrat hat Spielraum. Ich behaupte jetzt mal, es werden bis zu 300 Millionen Franken pro Jahr einfließen. Das ist viel Geld, fast ein zweiter Nationalfonds. Es ermöglicht substanzielle For-

**«Ich bin für Rentenalter 65. Ganz wichtig wären aber Anreize, um länger zu arbeiten, wenn man dies will. Heute wird man dafür ja fast bestraft.»**

**Ruedi Noser**  
Ständeratskandidat der FDP (bisher)

schung. Mein Ziel lautet, dass wir in diesem Bereich weltweit führend werden. Der Kanton Zürich mit seinen Hochschulen, der ETH und dem Innovationspark in Dübendorf würde stark profitieren. Es würden auch Arbeitsplätze entstehen, die andernorts mit der Digitalisierung wegfallen.

**Die FDP Schweiz hat sich im Juni klimafreundlicher positioniert, nicht zuletzt auf Ihr Betreiben. Ein durchsichtiges Manöver, sagt die Konkurrenz.**

Die Partei hat sich neu ausgerichtet, aber nicht verrenkt. Sie ist traditionell ökologisch ausgerichtet – mal mehr, mal weniger. Vergessen wir nicht, die Zürcher S-Bahn haben die Freisinnigen gegen die Linken auf den Weg gebracht, den Katalysator hat FDP-Bundesrätin Elisabeth Kopp durchgesetzt. Es gab immer Freisinnige, die sich an vorderster Front für Nachhaltigkeit starkgemacht haben. Ich selbst etwa habe mich stets für die Kostenwahrheit bei der Atomkraft

eingesetzt, ich bin Präsident des Vereins Stromeffizienz-Initiative. Für mich bedeutet die Neuausrichtung, dass die Partei wieder eine starke Position in der Umwelt- und Klimapolitik hat. Das freut mich.

**Alle reden vom Klima, es gibt noch andere Herausforderungen. Wie lautet Ihr Standpunkt zum Rahmenabkommen?**

Das Thema wird momentan zu emotional diskutiert. Es geht darum, dass wir auf den EU-Binnenmarkt angewiesen sind und die EU will, dass die Einhaltung der Regeln durch die Schweiz gerichtlich überprüfbar ist. So, wie es eine Selbstverständlichkeit ist in allen EU-Staaten. Diese verstehen es übrigens auch, ihre Interessen zu wahren und sich gegebenenfalls vor Gericht zu wehren. Allein Deutschland hat über 100 Verfahren am Laufen.

**Links beharrt auf acht Tagen Voranmeldung von entsandten ausländischen Arbeitskräften.**

Hier geht es allein darum, dass die Gewerkschaften die Einhaltung dieser Regel kontrollieren, daran verdienen und um ihre Einnahmen fürchten. Mit vier Tagen und einer guten digitalen Lösung lassen sich die flankierenden Massnahmen genauso gut vollziehen

**Die Konzerninitiative will Schweizer Firmen haftbar machen für Umwelt- und Menschenrechtsverstöße im Ausland? Was halten Sie davon?**

Diese Initiative hat nur ein Ziel: unserer Wirtschaft zu schaden. Wo ein Staat die Menschenrechte nicht durchsetzt, könnte ein mittelgrosses Schweizer Unternehmen nicht mehr tätig sein. Nicht jede Lieferkette ist bis ins Letzte kontrollierbar. Es braucht eine Lösung, wie sie EU und UNO verlangen, mit einer Berichterstattungspflicht, aber ohne Klagbarkeit.

**Welches sind die vorrangigen Zürcher Interessen in der kommenden Amtszeit?**

Sicher die AHV-Finanzierung. Der Kanton Zürich generiert 25 Prozent des Wirtschaftsaufkommens in der Schweiz. Das heisst, wir zahlen auch allfällige Defizite der AHV in diesem Umfang. Aber auch die internationalen Beziehungen sind für uns wichtig. Und natürlich die Hochschulen. Die ETH muss weiter auf Weltniveau unterwegs sein können.

**Die AHV braucht absehbar mehr Geld. Ist Rentenalter 67 für alle eine Lösung?**

Ich bin für Rentenalter 65 für Mann und Frau. Wichtig wären aber Anreize, um länger zu arbeiten, wenn man will. Heute wird man dafür fast bestraft. Es brauche eine Auswahl bei den Anreizen – etwa tiefere AHV-Abzüge oder die Möglichkeit, statt in die AHV ins BVG einzuzahlen, oder einen Rabatt auf die Steuern. Ein Zwang zum Weiterarbeiten für jene, die schon Mühe haben, bis 65 durchzuhalten, bringt nichts.

Video-Kurzinterview auf unserer Website.

## Beginn einer neuen Ära für die Kantonsapothek

**Verkauf** Die Zürcher Kantonsapothek soll nicht mehr Teil der kantonalen Verwaltung sein, sondern eine AG im Besitz des Universitätsspitals.

Das Gesetz zur Verselbstständigung der Kantonsapothek wird derzeit in der zuständigen Kommission des Kantonsrats beraten. Nach Abschluss der Beratungen soll die neue Aktiengesellschaft an das Universitätsspital veräußert werden, wie die Gesundheitsdirektion gestern mitteilte. Der Kaufvertrag wurde bereits abgeschlossen.

Der ausgehandelte Verkaufspreis beträgt gemäss der Mitteilung 27,5 Millionen Franken. Der Kanton stellt diese dem Universitätsspital zur Verfügung, indem er das Dotationskapital erhöht. Damit wird die Beteiligung des Kantons am Universitätsspital von 521,6 Millionen auf 540,1 Millionen Franken aufgestockt. Darüber wird der Kantonsrat noch zu befinden haben. Die Gesundheitsdirektion werde einen entsprechenden Vorschlag in die Kommissionsberatung einbringen, heisst es in der Mitteilung. Die Finanzkontrolle sei in allen wesentlichen Schritten einbezogen, soweit sie zuständig sei.

## Auch eigene Herstellung von Medikamenten

Die Kantonsapothek Zürich ist für die gesamte pharmazeutische Versorgung des Universitätsspitals und des Kantonsspitals Winterthur zuständig. Sie betreut aber auch zahlreiche weitere Spitäler und Kliniken pharmazeutisch und beliefert sie mit Spezialprodukten. Ihre Aufgabe ist es nicht nur, Medikamente zu beschaffen, zu bewirtschaften und zu lagern – sie stellt auch Arzneimittel her, die in dieser Form nicht, nicht mehr oder noch nicht auf dem freien Markt erhältlich sind.

Er sei überzeugt, dass die Kantonsapothek mit der Übertragung an das Unispital ihre Funktion als Spitalapothek bestmöglich wahrnehmen könne, schreibt der Regierungsrat. Ihre Leistungen für die anderen kantonalen Spitäler und die Versorgung mit Arzneimitteln in Krisenlagen bleibe dabei weiterhin sichergestellt. (sda)

## Volkschulamt erhält eine neue Chefin

**Ernennung** Das Volksschulamt der Zürcher Bildungsdirektion erhält eine neue Leitung. Der Regierungsrat hat Myriam Ziegler zur Amtschefin ernannt, wie er gestern mitteilte. Sie tritt im kommenden Jahr am 1. Mai die Nachfolge von Marion Völger an. Völger wird Generalsekretärin der Bildungsdirektion.

Ziegler ist in Zürich keine Unbekannte. Die Wirtschaftswissenschaftlerin arbeitete ab dem Jahr 1998 im kantonalen Hochschulamt und war von 2000 bis 2007 dessen stellvertretende Chefin. Danach war sie als Abteilungsleiterin im Bereich Finanzen und Controlling der Bildungsdirektion tätig. Im Jahr 2016 wechselte Ziegler dann in den Kanton Zug und wurde dort Leiterin des Amts für gemeindliche Schulen. (sda)